

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 193, 29. JANUAR 2016

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

am 27. Januar, dem **Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz**, gedachte der Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus. Besonders erinnerten wir in diesem Jahr an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, wie unsere Gastrednerin Prof. Dr. Ruth Klüger, die seit dem Ende des Krieges in Kalifornien lebt.

Sie schilderte ihre persönliche Geschichte und legte dar, dass sie nicht sicher war, ob sie im Deutschen Bundestag sprechen wollte. Doch das Land, welches vor 80 Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war, habe heute den Beifall der Welt gewonnen, „dank seiner geöffneten Grenzen und der Großzügigkeit, mit der Sie die Flut von syrischen und anderen Flüchtlingen aufgenommen haben und noch aufnehmen.“ Sie ergänzte: „Ich bin eine von den vielen Außenstehenden, die von Verwunderung zu Bewunderung übergegangen sind“. Das sei der Hauptgrund gewesen, warum sie die Einladung angenommen habe, in diesem Rahmen über die früheren Untaten sprechen zu dürfen: „Hier, wo ein gegensätzliches Vorbild entstanden ist und entsteht, mit dem schlichten und dabei heroischen Wahlwort: Wir schaffen das“, schloss Klüger ihre Rede. Betonen möchte ich auch jene Worte, die Bundestagspräsident Lammert mit Bezug auf unsere heutige Bundesrepublik wählte. Die Erwartung, **wachsam gegenüber Unmenschlichkeit zu bleiben und**

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER –
ICH FREUE MICH, SIE ZU
TREFFEN:**

**5. Prunk & Fremdensitzung
Bad Wimpfen**

*Fr. 29.1., 20.11 Uhr
Bad Wimpfen, Kursaal*

Bürgersprechstunde

*Mo. 29.2., 14 bis 17 Uhr
Bürgerbüro Josip Juratovic,
bitte vorherige Anmeldung unter
josip.juratovic.wk@bundestag.de*

*Berlin-Brief abonnieren? Mail an
josip.juratovic@bundestag.de!*

sich gegen Ausgrenzung, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen, gelte ausnahmslos für alle, „die in diesem Land leben wie für diejenigen, die wann und wo auch immer in dieses Land gekommen sind“, sagte Lammert unter Beifall.

In Anbetracht der gegenwärtigen Lage in Deutschland und Europa sollten gerade wir Abgeordneten diesen Satz bei unserer täglichen Arbeit verinnerlichen. Denn unser Handeln ist nötig. Eine Gedenkstunde für damalige Opfer ist gut und wichtig. Doch dabei können wir die Geschichte nicht ändern, sondern nur Lehren ziehen. Entscheidend ist, für die Unterstützung der heutigen Opfer einzustehen. Vergleicht man das heutige Europa mit 1938, wird deutlich, dass abermals zu viel „Verständnis“ gezeigt wird. 1938 beriet die internationale Staatengemeinschaft in Évian in Frankreich, wie den verfolgten Juden Deutschlands geholfen werden kann. Es gab keinen entscheidenden Beschluss. Die Nazis hatten freien Lauf. Die Lehre daraus ist: Zu viel Verständnis und zu wenig konkrete Hilfsbereitschaft dürfen nicht wieder in die Katastrophe führen.

Neben dem Gedenktag gab es wichtige außen- und innenpolitische Entscheidung zu treffen und vorzubereiten. Die Bundesregierung will auf Bitte der **Vereinten Nationen** die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (**MINUSMA**) ausweiten. Die Mandatsobergrenze wird von 150 auf 650 Soldatinnen und Soldaten erhöht. So werden beginnend ab Februar 2016 eine verstärkte gemischte Aufklärungskompanie, Objektschutzkräfte und erforderliche Einsatz-, Logistik-, Sanitäts- sowie Führungsunterstützungskräfte gestellt. Auch der deutsche Personalanteil in den Stäben der Mission in der Hauptstadt Bamako sowie im Norden Malis, in Gao, wird erhöht. Zu den Kernaufgaben der Mission gehört es, Waffenruhe, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie das Friedensabkommen abzusichern. Ich stimmte dafür, denn in Verbindung mit unserer zivilen Unterstützung ist das ein wichtiger Beitrag Deutschlands, um Mali langfristig zu stabilisieren. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen.

Nach der Entscheidung des Bundestages im Dezember, die Bundeswehr am Syrien-Einsatz zu beteiligen, wurde von unterschiedlichen Seiten kritisiert, das Parlament sei nicht ausreichend beteiligt worden. Diese Debatte gibt es bei Auslandseinsätzen schon länger. Deshalb haben wir heute Morgen das Gesetz zur Fortentwicklung der **parlamentarischen Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland** diskutiert. Mit dem Gesetzentwurf werden auch bei fortschreitender Bündnisintegration und gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den Bündnispartnern die Parlamentsrechte nicht nur gesichert, sondern gestärkt. Der Gesetzentwurf ist online verfügbar: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/073/1807360.pdf>

Ich habe in den vergangenen Wochen viele Mails von **E-Zigaretten-RaucherInnen** erhalten. Dazu haben wir gestern im Rahmen des Jugendschutzgesetzes ein Abgabeverbot für E-Shishas und E-Zigaretten an Jugendliche durchgesetzt. Schätzungsweise jeder fünfte Jugendliche hat bereits eine E-Shisha probiert. Allerdings zeigen aktuelle Studien, dass diese Produkte gesundheitsgefährdend sind und deshalb nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen gehören. Dieses Abgabeverbot soll auch für den Versandhandel gelten.

Mit freundlichen Grüßen

